

Südbaden 4.0

Die Weichen für eine digitale Region heute richtig stellen.

*Leitantrag der Projektgruppe Digitalisierung für die
Regionalkonferenz am 9. Juli 2016 im Gewerbepark
Breisgau in Eschbach*



Südbaden 2030

*Unser Politikprogramm für
ein modernes Südbaden*

JU

JUNGE UNION
SÜDBADEN

2 **Südbaden 4.0 – Die Weichen für eine digitale Region richtig stellen**

3 Erarbeitet von: Andreas Schmidt, Markus Schmidt, Naemi Rieß, Michael Sernatinger, Marvin Wolf

4

5 **Vorwort**

6 Die Digitalisierung stellt die bisher größte Veränderung im 21. Jahrhundert dar. Es werden
7 völlig neue Möglichkeiten geschaffen, jede Branche und jeder Politikbereich wird durch die
8 Digitalisierung verändert und ganz neue Wirtschaftszweige entstehen. Doch die
9 Digitalisierung schafft auch neue Herausforderungen und Probleme. Ein völlig neuer
10 Regelungsbedarf entsteht in den neuen Branchen, besonders die Rechtslage in der
11 digitalen Welt ist oft unklar, der Netzausbau und die digitale Infrastruktur oft noch
12 ungenügend. Die Politik steht also vor vielen Chancen und Herausforderungen die
13 ergriffen und abgearbeitet werden müssen um unser Land erfolgreich und zukunftsfähig
14 aufzustellen. Nur so können wir effektiv an dieser „Digitalen Revolution“ partizipieren und
15 profitieren. Die Digitalisierung ist für die Junge Union Südbaden eines der zentralen
16 Zukunftsprojekte in der Region aber auch in ganz Deutschland.

17 **Infrastruktur und Netzausbau**

18 Glasfaserkabel ist für uns die einzige Möglichkeit langfristig mit der Digitalisierung Schritt
19 zu halten und die nötige Infrastruktur bereit zu stellen. Kupferbasierte Lösungen bieten
20 keine ausreichende Zukunftsperspektive. Der Einsatz und die Förderung von Vectoring
21 führen zu einem verlangsamten und teureren Ausbau der Glasfasernetze, dabei ist die
22 Vectoring-Technik bei der Datenübertragungsraten grundsätzlich beschränkt. Glasfaser ist
23 in jeder Hinsicht zukunftsfähiger und als Infrastruktur langfristig ausbaufähig sowie als
24 Rohstoff günstiger im Vergleich zu Kupfer. Wir lehnen die Förderung von Vectoring
25 deshalb ab. Zur zukunftsfähigen Versorgung aller Haushalte mit schnellem Internet muss
26 der Glasfaserausbau bis in die jeweiligen Haushalte (FTTB/FTTH) gewährleistet werden,
27 eine Versorgung lediglich bis zum nächstgelegenen Verteiler wird auf lange Sicht nicht
28 ausreichen. In schwer zu erschließenden Gebieten können funkbasierte Lösungen eine
29 Alternative sein. Auch der mobile Standard muss bis 2020 4G/5G sein. Dies bedeutet, eine
30 ganzheitliche deutschlandweite Netzabdeckung mit diesem Standard.

31 Die geplante Aufstockung für Fördermittel zum Netzausbau und das Bekenntnis des
32 Koalitionsvertrages zum Vorrang von Glasfaser vor Kupfer, sowie die
33 Mindestgeschwindigkeit von 50 Mbit/s, begrüßen wir. Dennoch werden Bekenntnisse
34 alleine nicht ausreichen. Der Freistaat Bayern stellt seinen Kommunen bis 2018 einen
35 Fördertopf von bis zu 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir fordern deshalb, dass auch
36 Baden-Württemberg einen Fördertopf mit mindestens 500 Millionen Euro bereitstellt und
37 den Kommunen ermöglicht, diesen bis in das Jahr 2020 in Anspruch zu nehmen.

38 Der Infrastrukturausbau muss, besonders im ländlichen Raum, zeitnah erfolgen. Bereits
39 heute sind die meisten größeren Städte mit Glasfaser und Verbindungen bis zu 400 Mbit/s
40 ausgestattet. Im Ländlichen Raum sind oft kaum mehr als 25 Mbit/s verfügbar. Bereits
41 jetzt kann dies einen enormen strukturellen Nachteil für Bevölkerungs- und

42 Wirtschaftsentwicklung im Ländlichen Raum darstellen. Diese Ungleichheit muss
43 kurzfristig, also in der laufenden Legislaturperiode, maßgeblich beseitigt werden, damit
44 der Ländliche Raum nicht langfristig abgehängt wird.

45 Bei Infrastrukturmaßnahmen (Straße, Schiene, Leitungen) verlangen wir eine
46 Verpflichtung zur Mitverlegung von Glasfaser-Leerrohren. Zudem müssen auch
47 Neubaugebiete von der Fördermöglichkeit eingeschlossen werden, es kann nicht sein, dass
48 eine Kommune aufgrund fehlender Glasfaserförderung bei Neubaugebieten auf Kupfer
49 statt Glasfaser setzen muss. Besonders die kommunalen und interkommunal
50 abgestimmten Glasfaserprojekte möchten wir weiter fördern, auch wenn ein privater
51 Glasfaseranbieter bereit steht, muss eine Versorgung einzelner Haushalte auf der Strecke
52 zu öffentlichen Gebäuden und Unternehmen ermöglicht werden.

53 Wir fordern, dass die Zuschussanträge für den kommunalen Glasfaserausbau wieder in
54 den Regierungspräsidien bearbeitet werden. Die Zentralisierung in Stuttgart hat die
55 Bearbeitungsdauer von Anträgen zum Teil verdreifacht. Weiter ist es nicht sinnvoll, wie es
56 der Koalitionsvertrag fordert, mehr Mitarbeiter in Stuttgart einzustellen und mit diesen
57 Anträgen zu beschäftigen, wenn diese bisher erfolgreich und schnell in den
58 Regierungspräsidien bearbeitet wurden und werden können. Hier kann mit einfachen
59 Mitteln Effizienz gesteigert und Kosten gespart werden.

60 Wir fordern die unbefristete Einrichtung eines Digitalisierungszentrums sowie eines
61 Zentrums für den Breitbandausbau beim Innenministerium Baden-Württemberg um
62 Digitalisierungs- und Netzausbauprojekte zu kanalisieren und zu koordinieren. Diese
63 Zentren dienen als Ansprechpartner für Kommunen, Unternehmen aber auch dem
64 interessierten Bürger.

65 **Land und Verwaltung**

66 In der Vergangenheit wurden Behörden und Verwaltungen besonders bezüglich
67 mangelnder Transparenz kritisiert. Die Digitalisierung bietet die Chance mit einfachen
68 Mitteln größtmögliche Transparenz zu schaffen. Wir fordern deshalb, dass die
69 verschiedenen Landesbehörden und Kommunalverwaltungen einen möglichst offenen
70 aber auch möglichst einfachen und übersichtlichen Zugang zu öffentlichen Akten,
71 Protokollen oder Verwaltungskarten bereitstellen.

72 Bereits die meisten großen Unternehmen bieten heutzutage einen Online-Support an.
73 Hier können im Chat kurz und problemlos einfache Probleme gelöst werden. Wir fordern,
74 dass auch öffentliche Verwaltungen sich hinsichtlich der Einführung moderner Online-
75 Support Angeboten offen zeigen und diese weiter ausbauen sollten. Verschiedene
76 Verwaltungsabläufe müssen komplett digitalisiert werden. Von der Antragstellung über
77 die Bearbeitung bis hin zur Rückmeldung können verschiedene Verwaltungsabläufe nicht
78 nur intern, sondern auch im Kontakt mit den Bürgern, digital abgehandelt werden.

79 Die Umstellung der Verwaltungsabläufe, weg von papierbasierten Lösungen hin zu
80 digitalen Akten und Bereitstellungslösungen, muss weiter forciert werden. Durch die

81 Vermeidung von papierbasierten Lösungen können Kosten gespart und die Umwelt
82 geschont werden. Kommunen fordern wir auf zu prüfen, ob besonders die Kommunikation
83 zwischen Verwaltung und Gemeinderat durch Tablet-Lösungen vereinfacht werden kann -
84 hierfür gibt es bereits Software-Lösungen die in vielen Gemeinden erfolgreich eingesetzt
85 werden.

86 Die Möglichkeit, Wahlen in Zukunft auch digital durchzuführen, muss geprüft werden.
87 Dabei hat die Sicherstellung eines störungs- und reibungslosen Ablauf oberste Priorität.
88 Wenn der Ablauf nicht unter Einhaltung aller Wahlgrundsätze gewährleistet werden kann
89 sprechen wir uns gegen jegliche Umsetzung aus.

90 Es gibt bereits verschiedene Projekte um Bibliotheken und Museen zu digitalisieren und
91 somit die Informationen einer breiten Öffentlichkeit einfach zugänglich zu machen. Diese
92 Projekte müssen deutlich schneller umgesetzt werden, besonders wenn die
93 angesprochenen Bibliotheken und Museen in staatlicher Hand sind muss die
94 Digitalisierung der Bestände absolut vorrangig sein. Zur Digitalisierung muss bereits jetzt
95 begonnen werden staatliche Museen durch den Einsatz von Virtueller Realität erlebbar zu
96 machen. Eine Museen und Bildungsapp sollte hierzu im Kultusministerium erarbeitet
97 werden.

98 **Bildung**

99 Die Digitalisierung erfasst im Besonderen den Bildungssektor und bietet hier neue
100 Möglichkeiten. Diese müssen früh erkannt, getestet und umgesetzt werden. Dabei dürfen
101 allerdings Kernkompetenzen im klassischen Bildungsbereich nicht vernachlässigt werden.

102 Wir fordern, bereits früh und verstärkt Medienkompetenz um den Umgang mit digitalen
103 Medien und Technik zu vermitteln. Hierzu bedarf es besonders bei den Lehrkräften eine
104 konsequente Aus- und Weiterbildung. Nur wer die Technik und Abläufe der digitalen Welt
105 versteht kann diese auch erklären und den sorgfältigen Umgang damit vermitteln.

106 Die Bildungspläne müssen im Hinblick auf die Wichtigkeit der Digitalisierung geändert
107 werden. Wir fordern einen Aufbaukurs Informatik ab Klasse 7 an allen weiterführenden
108 Schulen, sowie das Wahlfach Informatik an Realschulen, Haupt-, Werkreal- und
109 Gemeinschaftsschulen. Auch an Gymnasien soll der Informatikunterricht besonders in
110 inhaltlicher Sicht überarbeitet und fortentwickelt werden.

111 Wir fordern im Schulunterricht grundsätzlich Tablets einzusetzen. Verschiedene Studien
112 belegen bereits, dass der konsequente Einsatz von digitalen Lerninhalten zu verbesserter
113 Lernleistung führt. Tests, Arbeitsblätter etc. können digital schneller korrigiert und
114 verarbeitet werden, Inhalte können interessanter und spielerischer vermittelt werden und
115 ein interaktives Lernen wird ermöglicht. Trotz des konsequenten Einsatzes von diesen
116 digitalen Medien dürfen essenzielle Lerninhalte, wie das Erlernen der Schrift sowie das
117 Kommunizieren und Spielen mit- und untereinander, nicht vernachlässigt werden. Die
118 Lehrkräfte müssen hier für eine ausgewogene Balance sorgen. Durch digitale

119 Lernplattformen können Papier und Kopierkosten eingespart werden und nicht zuletzt
120 die Umwelt entlastet werden.

121 Digitale Lernplattformen wie ILIAS werden in der Hochschulbildung bereits sehr
122 erfolgreich eingesetzt. Diese Plattformen können auch für die schulische Bildung
123 gewinnbringend eingesetzt werden. Gerade im Bereich Hausaufgaben sowie E-Learning
124 Angebote über den Unterrichtsstoff hinaus können Anreize zur Vertiefung des Lernstoffes
125 auch zuhause liefern. Wir fordern deshalb eine landesweite Bildungsplattform sowie eine
126 Beratungsstelle im Kultusministerium einzurichten, welche den Schulen bei der
127 Umsetzung eigener digitaler Lernplattformen zur Seite steht und diese untereinander
128 vernetzt. Ziel muss es sein, dass alle Schulen bis 2018 digitale Lernplattformen anbieten.

129 In der Erwachsenenbildung stellen digitale Seminarangebote eine neue und einfache Art
130 dar, sich von Zuhause weiter zu bilden. Stiftungen setzen diese digitalen Bildungsangebote
131 zum Teil schon erfolgreich um. Wir fordern, dieses Konzept auch auf der Ebene der
132 Volkshochschulen oder der Landeszentrale für politische Bildung verstärkt umzusetzen
133 und Online-Seminare anzubieten.

134 Virtuelle Realität wird in naher Zukunft schnell fortschreiten und bietet besonders in der
135 Bildung enorme Potentiale. Durch VR können virtuelle Welten aber auch Fotos und Videos
136 völlig neu erlebbar gemacht werden. Wir fordern VR besonders in abstrakteren Fächern
137 gewinnbringend einzusetzen. So erlaubt VR einen echten Blick in die Geschichte, aber
138 auch auf Monumente, Städte und die Natur auf der ganzen Welt. Wichtig ist hierbei jedoch
139 der Bezug zur Realität. VR sollte deshalb erst bei medial vorgebildeten Schülern ab der
140 7ten Klassen eingesetzt werden. VR ersetzt nicht das praktische erleben, sondern bietet
141 besonders in der Lehrmethode eine illustrierende Ergänzung.

142 **Mobilität**

143 Der digitale Wandel verschärft nicht nur den Wettbewerb zwischen Unternehmen, es
144 entsteht auch eine neue automobilwirtschaftliche Konkurrenz der Staaten und Kontinente.
145 Dies birgt sowohl Chancen als auch Risiken für das Automobilland Deutschland. Aus dieser
146 sprunghaften Weiterentwicklung der Mobilität begründet sich eine Verpflichtung der
147 Landes- und Bundesregierung zur aktiven Mitgestaltung dieser Entwicklung in Form einer
148 vorausschauenden Infrastrukturplanung und der Koordinierung einzelner Akteure von
149 Automobilindustrie, Energieversorger und Automobilverbänden.

150 Elektrifizierung, Automatisierung und Vernetzung sind die wichtigsten Neuerungen. Der
151 hieraus resultierende „Intelligente Verkehrsfluss“ bedeutet für die Allgemeinheit einen
152 Beitrag zum Umweltschutz und der Bewahrung der Schöpfung sowie der Reduzierung von
153 Verkehrsverstößen, sowie für das menschliche Individuum zudem Zeitersparnis durch eine
154 Reduzierung von Staus und Parkplatzsuche sowie Kostenersparnis und Senkung des
155 Unfallrisikos.

156 Wir fordern deshalb, die vernetzte Kommunikation der Fahrzeuge zu fördern, damit diese
157 Daten zu Wetter, Stauprognose, Verkehrsunfällen und Parkmöglichkeiten zwecks

158 effizienter Auswertung austauschen können. Grundsätzlich müssen dabei private
159 Finanzierungsmodelle verfolgt werden. Es darf höchstens zu einer öffentlichen
160 Anschubfinanzierung kommen, die keine Fehlanreize setzen darf.

161 Es ist unbedingt erforderlich, dass diese Daten anonymisiert versendet werden, damit
162 nicht durch Speicherung von Bewegungsmustern in die Privatsphäre des Einzelnen
163 eingegriffen werden kann. Wir lehnen eine Nutzung hieraus anfallender Daten für die
164 Ahndung von Verkehrsverstößen ab. Die Nutzung zur Aufklärung von Kapitalstraftaten
165 oder der Fahndung nach Schwerverbrechern zum Schutz der Allgemeinheit soll durch
166 richterlichen Beschluss weiter möglich sein.

167 Wir fordern zur Aufrechterhaltung der Rechtssicherheit eine zeitnahe Anpassung der StVO
168 (Straßenverkehrsordnung), des StGB (Strafgesetzbuch), des StVG (Straßenverkehrsgesetz)
169 und die Regelung neuartiger Haftungsfragen zum „Autonomen Fahren“ und dem
170 „Intelligenten Verkehrsfluss“. Da in selbstfahrenden Autos keine Menschen, sondern
171 Computer Aktionen steuern, ist im Vorfeld die Haftungsfrage bei auf fehlerhafter
172 Kommunikation mit öffentlichen Ampeln und Sensoren basierenden Verkehrsverstößen
173 oder Verkehrsunfällen zu regeln, um Schuldfragen besser klären zu können. Langfristig ist
174 die Einrichtung von Schwerpunktgerichten oder Schwerpunktkammern „Verkehrsunfälle
175 Autonomes Fahren“ sinnvoll, um die Einbeziehung technischen Spezialwissens in die
176 juristischen Entscheidungen der zu erwartenden komplexen Sachverhalte zu erleichtern
177 und zu beschleunigen.

178 Wir fordern eine vorausschauende Infrastrukturplanung. Der Bau zukünftiger Projekte wie
179 Brücken und Tunnel sowie notwendigen Reparaturen bestehender Straßen muss derart
180 erfolgen, dass moderne Technik – die Digitalisierung ist auf lange Zeit nicht abgeschlossen
181 und wird sich immer weiter entwickeln – durch Module ohne großen Kostenaufwand
182 nachgerüstet werden kann und die Infrastruktur somit jederzeit auf dem aktuellsten Stand
183 bleibt. Weiter fordern wir die Erprobung neuer Formen von „Allgemeinen
184 Verkehrskontrollen“ seitens der Polizei von Ländern und Bund, sowie die Optimierung des
185 Einsatzes von Rettungskräften durch unmittelbare Einbindung in den „Intelligenten
186 Verkehrsfluss“.

187 Die Kaufprämie für Elektroautos setzt falsche Anreize und verfehlt ihr Ziel, langfristig
188 mehr Elektroautos auf die Straße zu bringen. Einen kurzfristigen, mit Steuergeldern
189 finanzierten, Verkaufsschub von Elektroautos lehnen wir ab. Wir fordern stattdessen, die
190 Gelder gewinnbringender als Anreize zum Ausbau der Ladeinfrastruktur (z.B. an
191 Tankstellen) sowie zur Steigerung der Forschung und Entwicklung im Bereich E-Mobilität
192 und vernetzte Mobilität zu investieren.

193 Wir fordern den Schutz automobilen Kulturgutes und ein künftiges Nebeneinander
194 verschiedener Mobilitätsformen. Die Verwendung von individuell gesteuerten Oldtimern
195 und autonomen PKW muss in einer modernen Verkehrsinfrastruktur kompatibel bleiben.
196 Ebenso soll hierbei die Entwicklung unterschiedlicher Antriebsformen (Elektromobilität,
197 Wasserstoff) gefördert werden, um das Risiko der deutschen Automobilhersteller zu
198 reduzieren, dass sich eine Antriebsform nicht durchsetzen könnte

199 Wir fordern die Einsetzung einer Expertenkommission auf Bundesebene zur Klärung der
200 wichtigen Frage, ob autonomes Fahren nur mit "Führerschein" möglich sein soll oder
201 Passagiere lediglich als "Mitfahrer" gelten. Grundsätzlich dient die Möglichkeit des
202 individuellen Eingreifens eines Menschen in die PKW-Steuerung besonders bei
203 technischem Versagen der Verkehrssicherheit. (Analog zum Flugzeugcockpit.)
204 Andererseits könnte eine Nutzung selbstfahrender Autos gerade die individuelle Mobilität
205 älterer Menschen im ländlichen Raum stark erhöhen und hiermit ebenfalls der
206 Verkehrssicherheit dienen.

207 Auch der ÖPNV muss für die digitalen Herausforderungen nachgerüstet werden. Wir
208 fordern daher als Minimalziel, durchgehenden Mobilfunk- und LTE-Empfang auf den Nah-
209 und Fernverkehrsstrecken in Südbaden sicherzustellen. Darüber hinaus fordert die JU
210 Südbaden, bis 2020 flächendeckend gebührenfreies WLAN im öffentlichen Nahverkehr in
211 Südbaden bereitzustellen. Die Landesregierung und die Landkreise werden daher
212 aufgefordert, ihre Ausschreibungskriterien für den ÖPNV entsprechend anzupassen.

213 **Wirtschaft und Start-Ups**

214 Die Digitalisierung bietet völlig neue wirtschaftliche Möglichkeiten. Bereits heute zählen
215 Softwareunternehmen und Soziale Netzwerke zu den zentralen Akteuren in der globalen
216 Wirtschaft. Europa kann sich in diesem Bereich bisher bei weitem nicht mit der
217 amerikanischen und zunehmenden asiatischen Marktdominanz messen. In Europa ist
218 jedoch noch immer eine starke Industrieproduktion beheimatet. Diese Produktion muss an
219 neuen Digitalisierungstechnologien partizipieren. Hierfür müssen die europäischen
220 Unternehmen jedoch die Chancen der Digitalisierung ergreifen. Wir fordern deshalb im
221 Wirtschaftsministerium eine Beratungsstelle Wirtschaft & Industrie einzurichten. Diese
222 Stelle soll Anlaufstation aber auch Impulsgeber für Digitalisierungslösungen für klein- und
223 mittelständische Unternehmen, aber auch für Großunternehmen, sein und die Wissens-
224 und Erfahrungsteilung zwischen den Unternehmen befördern.

225 Die Digitalisierung wird besonders im Bereich der Industrie einen neuen
226 Automatisierungsschub mitbringen. Dies ermöglicht es Unternehmen ihre Produktionen
227 vollautomatisiert in Europa zu errichten statt, wie in den letzten Jahren, auf
228 Produktionsstandorte im asiatischen Raum zu setzen. Diese neue Automatisierung wird
229 nicht ohne Wegfall von Arbeitsplätzen ablaufen, bietet jedoch für uns die Chance die
230 Stärke Europas, die klassische Industrieproduktion, mit den digitalen Entwicklungen zu
231 verbinden. Dadurch werden wiederum Arbeitsplätze in der Technik und Wartung
232 geschaffen. Diesen Strukturwandel gilt es politisch nicht zu verhindern, sondern
233 sozialverträglich und zukunftsgerichtet in Angriff zu nehmen. Wir unterstützen deshalb das
234 Anliegen Smart Factorys in Europa anzusiedeln und zu fördern. Besonders im Bereich
235 Robotik und Automatisierung, sowie im Bereich 3D-Druck sollen verstärkt Fördermittel
236 und Forschungsk Kooperationen für Forschungsprojekte zu Verfügung gestellt werden.

237 Der globale Wirtschaftskreislauf wird ganz besonders durch die fortschreitende
238 Digitalisierung verändert. Dies schafft auch die Notwendigkeit neue
239 Regelungsmechanismen und Ordnungspolitiken auch im digitalen Wettbewerb

240 festzulegen. In den klassischen Wirtschaftsbereichen werden seit Jahrzehnten erfolgreich
241 Ordnungsmechanismen angewandt, diese müssen intelligent für den digitalen
242 Wettbewerb übertragen werden.

243 Die Videospieleindustrie ist mittlerweile umsatzstärker als die Filmindustrie. Wir
244 betrachten Videospiele als wichtiges Wirtschafts- und Kulturgut. Besonders inhaltlich
245 hochwertige Videospiele verdienen Anerkennung, wir unterstützen deshalb die Verleihung
246 des deutschen Videospieelpreis und sprechen uns gegen die pauschale Verurteilung von
247 Videospiele als Killerspiele aus. Das System der USK bietet eine gute Schutz- und
248 Kontrollmöglichkeit die jedoch auch strikt angewendet werden muss.

249 Wir möchten Ideen und nicht nur Abschlüsse fördern und fordern deshalb das
250 Gründerstipendium für alle. Es gibt zahlreiche Förderangebote in Deutschland wie den
251 Gründungszuschuss für Arbeitssuchende oder die EXIST-Stipendien für Akademiker. Diese
252 Förderangebote haben in der Praxis gemeinsam, dass sie mit strengen
253 Zugangsvoraussetzungen belegt und an bürokratischem Aufwand kaum zu überbieten
254 sind. Viele der erfolgreichsten Unternehmensgründer der Welt, wie Bill Gates, Steve Jobs,
255 Richard Branson und auch Mark Zuckerberg haben eines gemeinsam: Sie haben ihr
256 Studium abgebrochen. Für eine erfolgreiche Gründung ist ein Hochschulabschluss keine
257 zwingende Voraussetzung. Wir fordern deshalb eine zusätzliche Gründungsförderung
258 unabhängig vom Studienabschluss. Deshalb schlagen wir vor, auch Nicht-Akademikern die
259 Mitwirkung und Förderung in EXIST-Teams zu ermöglichen. Doch 1000 EXIST-Förderungen
260 in 5 Jahren sind zu wenig. Ein Deutschlandgründerstipendium mit niederschweligen
261 Hürden – zur Hälfte öffentlich, zur Hälfte privat finanziert – schließt diese Lücke im
262 Förderangebot und schafft Gründern die Basis, ihre Gründung in den ersten Monaten
263 erfolgreich an den Start zu bringen. Gründer müssen im Rahmen entsprechender
264 Förderprogramme vor ausufernder Bürokratie geschützt werden. Im Fall von EXIST-
265 Stipendium beispielsweise durch die Einrichtung einer zentralen und spezialisierten
266 Abrechnungsstelle für Sachmittelabrechnungen. Zudem ist es wichtig, die Gründer durch
267 regionale Kompetenz in den Wirtschaftsförderungen zu beraten und gezielt aus
268 potentiellen Förderungen anzusprechen und vorzubereiten.

269 Wie das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung ISI im Auftrag der
270 Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestages
271 aktuell ermittelte, nimmt Deutschland in der Gesamtbetrachtung der rechtlichen und
272 steuerlichen Rahmenbedingungen für Venture Capital Deutschland den letzten Rang
273 innerhalb der EU ein. Insbesondere stellt das Gutachten fest, dass Deutschland als
274 Fondsstandort nur eine geringe Attraktivität aufweist, weshalb Fonds häufig ihren Sitz in
275 anderen europäischen oder außereuropäischen Staaten haben. Wir fordern: Deutschland
276 benötigt ein eigenständiges und international wettbewerbsfähiges Regelwerk für den
277 gesamten Bereich des privaten Beteiligungskapitals. Die Umsetzung der AIFMD (EU
278 Richtlinie zur Regulierung des Private Equity und Venture Capital Marktes) ist eine
279 Chance, um ein solches Regelwerk zu schaffen. Eine dauerhafte Erhaltung des §8b KStG ist
280 für mehr Rechtssicherheit und Planbarkeit ist dringend notwendig. Die zu restriktive
281 Regelung zur Nutzung des Verlustvortrags bei Beteiligungen gerade an Startups muss

282 gelockert werden. Die grundsätzliche Umsatzsteuerpflicht von Management-Fees stellt
283 eine in Europa einmalige Diskriminierung des Standorts für deutsche Fonds dar. Auch
284 sollen wertmindernde Klauseln bei der Ermittlung des Unternehmenswertes berücksichtigt
285 werden. Liquidationspräferenzen, Verwässerungsschutz, Mitspracherechte von Investoren
286 etc. haben, ceteris paribus, einen wertmindernden Effekt. Dies muss auch steuerlich bei
287 der Unternehmensbewertung berücksichtigt werden.

288 **Gesellschaft, Recht und Sicherheit**

289 Das Internet kann und darf keinen rechtsfreien Raum darstellen. Da allerdings das Internet
290 nicht an den Ländergrenzen halt macht, ist es notwendig europäische Lösungen im
291 Umgang mit Regelungen im World Wide Web zu finden. Rechtlich fordern wir besonders
292 im Bereich des Urheberrechts und der Netzneutralität klare Regelungen zu finden.

293 Das Internet bietet jeher auch die Möglichkeit zur Kriminalität. Besonders die schwierige
294 Zuordnung solcher Delikte stellen Sicherheitsbehörden vor Probleme. Aber auch
295 Terrorismusabwehr und Datenschutz müssen in der digitalen Welt sichergestellt werden.
296 Wir unterstützen deshalb die Initiative des Innenministeriums, 300 neue Stellen bei der
297 Polizei zu schaffen, die sich explizit mit Cyberkriminalität beschäftigen. Die Kooperation
298 von europäischen und internationalen Sicherheitsbehörden muss besonders in der
299 digitalen Welt weiter intensiviert werden. Bei diesen Diskussionen muss allerdings auch
300 der Datenschutz eine maßgebliche Rolle spielen.

301 Letztendlich müssen jedoch auch für die Digitalisierung verantwortungsvolle und ethische
302 Grenzen gelten. Mit den wachsenden Möglichkeiten der Digitalisierung muss auch eine
303 Auseinandersetzung besonders mit ethischen Fragen und Grenzen erfolgen. Die Vision
304 eine künstliche Intelligenz zu erschaffen, welche intelligenter ist als der menschliche
305 Verstand, Gedanken zu lesen oder sogar zu verändern sind keine Szenen aus einem Sci-Fi
306 Film sondern könnten bereits in wenigen Jahren Realität werden. Wir sprechen uns
307 deutlich gegen diese Entwicklungen aus. Kommunikation, das menschliche und
308 gegenseitige Erleben, das Erleben der eigenen Umwelt und der Natur können und dürfen
309 nicht durch eine digitale Realität ersetzt werden. Der Umgang mit der Digitalisierung muss
310 immer verantwortlich geschehen. Wir fordern solche Fragen prioritär in der
311 Ethikkommission auf Bundesebene zu thematisieren und Entwürfe für bindende
312 Richtlinien in Wirtschaft und Forschung zu erarbeiten. Auf europäischer Ebene muss ein
313 ähnlicher Diskussionsprozess angestoßen werden.